



Lagebericht
zum Jahresabschluss
zum 31.12.2009

§ 95 Abs. 1 der Gemeindeordnung (GO NRW) in Verbindung mit § 37 der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO NRW) bestimmt, dass die Gemeinde zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Jahresabschluss aufzustellen hat, in dem das Ergebnis der Haushaltswirtschaft des Haushaltsjahres nachzuweisen ist.

Der Jahresabschluss besteht aus der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen, der Bilanz und dem Anhang.

Ihm ist ein Lagebericht gemäß § 48 GemHVO NRW beizufügen.

Der Lagebericht soll einen Überblick über die wichtigen Ergebnisse des Jahresabschlusses und Rechenschaft über die Haushaltswirtschaft im abgelaufenen Haushaltsjahr geben. Er ist so zu fassen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Kommune vermittelt wird. Über Vorgänge von besonderer Bedeutung, auch solcher die nach dem Bilanzstichtag eingetreten sind, ist zu berichten. Außerdem hat der Lagebericht eine ausgewogene und umfassende, dem Umfang der kommunalen Aufgabenerfüllung entsprechende Analyse der Haushaltswirtschaft und der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Kommune zu enthalten. Auch ist auf die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Kommune einzugehen. Die hierbei zu Grunde liegenden Annahmen sind anzugeben.

Der Lagebericht gliedert sich dementsprechend in drei Teile:

- Allgemeiner Teil
- Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage
- Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Stadt Bornheim

A. Allgemeiner Teil

Bornheim - zwischen Köln und Bonn, am Rhein und am landschaftlich reizvollen Vorgebirge gelegen - besitzt alle Vorteile einer citynahen Kommune im Grünen. Die Stadt mit insgesamt 14 Ortsteilen und fast 49.000 Einwohnern verfügt über eine hervorragende Infrastruktur und ein ausgeprägtes Freizeitangebot.

Sechs weiterführende Schulen, acht Grundschulen, 30 Kindertagesstätten, ein über die Stadtgrenzen bekanntes Hallenfreizeitbad, ein breites Sportangebot und viele weitere Möglichkeiten werden von der wachsenden Einwohnerzahl sehr geschätzt.

Seine optimale Infrastruktur verdankt Bornheim besonders der Anbindung an das überregionale Straßen- und Schienennetz mit vier Autobahnanschlüssen, drei Bahnlinien und ergänzenden Busverbindungen.

Bornheim, das steht für einen attraktiven Standort, der Wohnen und Arbeiten in reizvoller Landschaft mit pulsierender Wirtschaft und vielen Sehenswürdigkeiten vereint.

Die produktorientierte Darstellung des Haushaltes erfolgt in 16 Produktbereichen und insgesamt 62 Produktgruppen.

<p>Innere Verwaltung</p> <p>1.01.01 Politische Gremien 1.01.02 Verwaltungsführung 1.01.03 Gleichstellung von Frau und Mann 1.01.04 Beschäftigtenvertretung 1.01.05 Rechnungsprüfung 1.01.06 Zentrale Dienste 1.01.07 Baubetriebshof 1.01.08 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit 1.01.09 Personalmanagement 1.01.10 Finanzmanagement und Rechnungswesen 1.01.11 Organisation 1.01.12 Technikunterstützte Information - TUI 1.01.13 Recht 1.01.14 Liegenschaftsverwaltung 1.01.15 Gebäudewirtschaft 1.01.16 Städtepartnerschaften</p> <p>Sicherheit und Ordnung</p> <p>1.02.01 Allgemeine Sicherheit und Ordnung 1.02.02 Gewerbewesen 1.02.03 Überwachung ruhender Verkehr 1.02.04 Straßenverkehrsangelegenheiten 1.02.05 Bürgerservice 1.02.06 Wahlen 1.02.07 Feuer- und Bevölkerungsschutz</p> <p>Schulträgeraufgaben</p> <p>1.03.01 Grundschulen 1.03.02 Hauptschulen 1.03.03 Gymnasien 1.03.04 Gesamtschulen 1.03.05 Förderschulen 1.03.06 Schülerbeförderung 1.03.07 Sonstige schulische Aufgaben</p> <p>Kultur</p> <p>1.04.01 Kulturförderung 1.04.02 Volkshochschule 1.04.03 Büchereien</p> <p>Soziale Hilfen</p> <p>1.05.01 Grundversorgung 1.05.02 Leistungen für Asylbewerber 1.05.03 Soziale Einrichtungen</p>	<p>Kinder-, Jugend- und Familienhilfe</p> <p>1.06.01 Förderung von Kindern in Tagesbetreuung 1.06.02 Kinder- und Jugendarbeit 1.06.03 Erzieherische Hilfen</p> <p>Sportförderung</p> <p>1.08.01 Sport 1.08.02 Bäder</p> <p>Räumliche Planung, Entwicklung, GEO-Info</p> <p>1.09.01 Räumliche Planung und Entwicklung</p> <p>Bauen und Wohnen</p> <p>1.10.01 Bauaufsicht 1.10.02 Denkmalschutz und -pflege 1.10.03 Wohnungsbauförderung</p> <p>Ver- und Entsorgung</p> <p>1.11.01 Elektrizitätsversorgung 1.11.02 Gasversorgung 1.11.03 Wasserversorgung 1.11.04 Abwasserbeseitigung 1.11.05 Abfallwirtschaft</p> <p>Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV</p> <p>1.12.02 Straßenbau, -unterhaltung, -bewirtschaftung 1.12.03 Straßenreinigung 1.12.04 ÖPNV</p> <p>Natur und Landschaftspflege</p> <p>1.13.01 Öffentliches Grün 1.13.02 Natur und Landschaft 1.13.03 Öffentliche Gewässer 1.13.04 Friedhöfe</p> <p>Umweltschutz</p> <p>1.14.01 Umweltschutz und lokale Agenda</p> <p>Wirtschaft und Tourismus</p> <p>1.15.01 Wirtschaftsförderung 1.15.02 Tourismus</p> <p>Allgemeine Finanzwirtschaft</p> <p>1.16.01 Allgemeine Finanzwirtschaft</p> <p>Stiftungen</p> <p>1.17.01 Stiftungen</p>
--	--

Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage

1. Geschäftsverlauf

Das Haushaltsjahr 2009 schließt mit einem Fehlbetrag in der Ergebnisrechnung in Höhe von **7.154.381 Euro** ab.

Im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit (ordentliche Erträge und ordentliche Aufwendungen) ergibt sich ein Fehlbetrag in Höhe von 3.003.922 Euro. Dieses Defizit ist insbesondere zurückzuführen auf

- Wenigererträge im Bereich der Gewerbesteuer und beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer sowie bei den Zuweisungen vom Land;
- Mehraufwendungen insbesondere im Bereich der Transferaufwendungen, aber auch in fast allen anderen Bereichen (Sach- und Dienstleistungen, Personal- und Versorgungsaufwand, sonstige ordentliche Aufwendungen).

Das Finanzergebnis (Saldo aus Finanzerträgen und Zinsen und ähnliche Aufwendungen) schließt mit einem Fehlbetrag in Höhe von 4.150.459 Euro ab.

Per Saldo ergibt sich der angegebene Jahresfehlbetrag.

Gemäß § 75 Abs. 2 GO NRW muss der Haushalt in jedem Jahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein. Diese Verpflichtung gilt als erfüllt, wenn der Fehlbedarf im Ergebnisplan und der Fehlbetrag in der Ergebnisrechnung durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt werden können. Die Ausgleichsrücklage als Teil des Eigenkapitals der Stadt Bornheim hat zum 31.12.2009 einen Bestand in Höhe von 9.188.668 Euro. Daraus kann der Jahresfehlbetrag gedeckt werden.

Anders als im Handelsgesetzbuch (HGB) sieht die Bilanzgliederung des § 41 GemHVO keine Bilanzposition „Gewinn-/Verlustvortrag“ vor. Gewinn- und Verlustvorträge sind im NKF daher nicht möglich.

In kommunalen Jahresabschlüssen ist zunächst der entstandene Jahresüberschuss/-fehlbetrag darzustellen. Über dessen Verwendung bzw. Behandlung entscheiden die zuständigen politischen Gremien bis spätestens zum 31.12. des Folgejahres (§ 96 Abs. 1 GO NRW). Die Umsetzung der buchtechnischen Verwendung bzw. Behandlung (Zuführung zu bzw. Entnahme aus den Rücklagen) erfolgt dann im Rahmen der Abschlussarbeiten des folgenden Haushaltsjahres.

Der in 2009 entstandene Jahresfehlbetrag ist aufgrund der Vorgaben des § 75 Abs. 2 GO NRW durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage zu decken.

Dem Rat der Stadt Bornheim wird ein entsprechender Beschlussvorschlag unterbreitet.

2. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

2.1 Ergebnisrechnung

2.1.1 Erläuterungen zu einzelnen Ertrags- und Aufwandsarten

2.1.1.1 Ordentliche Erträge

2.1.1.1.1 Steuern und ähnliche Abgaben

Die Steuern und ähnlichen Abgaben haben mit 35,8 Mio. € einen Anteil von 52 % an den ordentlichen Erträgen. Sie stellen damit die wichtigste Ertragsart dar.

Die Netto-Steuerquote* beträgt 51,43 %.

Bei den Steuern und Abgaben handelt sich im Wesentlichen um

- den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (19,3 Mio. €)
- die Gewerbesteuer (7,3 Mio. €) sowie
- die Grundsteuer B (6,0 Mio. €).

Der Plan-Ist-Vergleich stellt sich wie folgt dar:

Erträge und Aufwendungen	Ansatz 2009	Ergebnis 2009	Ist - Ansatz
401100 Grundsteuer A	-175.000,00	-171.533,54	3.466,46
401200 Grundsteuer B	-5.700.000,00	-5.981.639,97	-281.639,97
401300 Gewerbesteuer	-8.000.000,00	-7.276.372,88	723.627,12
402100 Gemeindeanteil Einkommensteuer	-21.200.000,00	-19.276.181,00	1.923.819,00
402200 Gemeindeanteil Umsatzsteuer	-787.000,00	-774.265,00	12.735,00
403200 Sonstige Vergnügungssteuer	-132.000,00	-126.170,00	5.830,00
403300 Hundesteuer	-165.000,00	-170.695,39	-5.695,39
405100 Kompensationszahlung	-1.900.000,00	-2.062.100,00	-162.100,00
406100 Grundbesitzabgaben Altdaten		519,78	519,78
* Steuern und ähnliche Abgaben	-38.059.000,00	-35.838.438,00	2.220.562,00

Sowohl die Einnahmen aus der Gewerbesteuer als auch der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer haben sich im Haushaltsjahr 2009 wesentlich schlechter entwickelt als geplant. Die Gewerbesteuererträge haben sich entgegen der Tendenz aus den Vorjahren negativ entwickelt. Bei einem Planansatz von 8 Mio. € wurden tatsächlich nur 7,3 Mio. € erzielt. Das niedrigere Aufkommen ist im Wesentlichen auf die allgemein rückläufige Wirtschaftsentwicklung zurückzuführen (Finanz- und Wirtschaftskrise).

* Die Netto-Steuerquote (NSQ) ist der Anteil der Steuererträge an den ordentlichen Erträgen. Sie gibt somit an, zu welchem Teil sich die Gemeinde „selbst“ finanzieren kann und damit unabhängig von staatlichen Zuwendungen ist. Bei der Ermittlung der NSQ werden mindernd berücksichtigt: der Aufwand für die Gewerbesteuerumlage (0,6 Mio. €) und für die Finanzierungsbeteiligung am Fonds Deutsche Einheit (ebenfalls 0,6 Mio. €; beide Transferaufwendungen).

2.1.1.1.2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Die Zuwendungen und allgemeinen Umlagen betragen insgesamt rd. 23,1 Mio. Euro und verteilen sich wie folgt

- Schlüsselzuweisungen 15,2 Mio. €
- Projektorientierte Zuweisungen und Zuschüsse 5,5 Mio. €
- Erträge aus der Auflösung von Sonderposten 2,3 Mio. €.

Der Plan-Ist-Vergleich stellt sich wie folgt dar:

Erträge und Aufwendungen	Ansatz 2009	Ergebnis 2009	Ist - Ansatz
411100 Schlüsselzuweisungen vom Land	-15.240.000,00	-15.249.474,00	-9.474,00
413200 Allgemeine Zuweisungen vom Land	-185.750,00		185.750,00
414100 Zuweisungen vom Bund	-32.500,00	-20.250,00	12.250,00
414200 Zuweisungen vom Land	-4.404.147,00	-5.373.942,58	-969.795,58
414300 Zuweisungen von Gemeinden	-33.000,00	-37.117,71	-4.117,71
414500 Zuweisungen vom so. öff. Bereich	-20.900,00	-53.682,93	-32.782,93
414700 Zuschüsse von so. öffentlichen SoRe	-500,00		500,00
<i>Summe 416 +++ Auflösung investiver Zuschüsse (Erträge aus der Auflösung von Sonderposten)</i>	-554.725,00	-2.331.972,61	-1.777.247,61
* Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-20.471.522,00	-23.066.439,83	-2.594.917,83

Der bedeutende Anstieg der Erträge aus Auflösung von Sonderposten ist auf die Korrektur der Eröffnungsbilanz 2007 zurück zu führen, bei der Sonderposten in Höhe von ca. 10 Mio. € nachgebucht worden sind (Investitionspauschale).

Auch die Erträge aus Zuweisungen vom Land haben sich im Haushaltsjahr 2009 besser entwickelt als geplant.

2.1.1.1.3 Sonstige Transfererträge

Die Position „Sonstige Transfererträge“ beinhaltet den Ersatz von sozialen Leistungen in- und außerhalb von Einrichtungen.

Die sonstigen Transfererträge betragen insgesamt rd. 358 T€. Es handelt sich insbesondere um

- Kostenbeiträge und
- Ansprüche Unterhaltspflichtiger.

Gegenüber dem Planansatz ergeben sich Mehrerträge in Höhe von rd. 79 T€.

Erträge und Aufwendungen	Ansatz 2009	Ergebnis 2009	Ist - Ansatz
421100 SozL. aE. Kostenbeiträge	-89.150,00	-44.572,37	44.577,63
421200 SozL. aE. Ansprüche an Unterhaltsve	-52.000,00	-67.391,59	-15.391,59
421300 SozL. aE. Leistungen Sozialleistung	-21.000,00	-42.344,74	-21.344,74
421500 SozL. aE. Rückzahlung von Hilfe	-100,00		100,00
421900 SozL. aE. Sonstige Ersatzleistungen	-100,00	-3.535,14	-3.435,14
422100 SozL. iE. Kostenbeiträge	-93.500,00	-182.365,69	-88.865,69
422200 SozL. iE. Ansprüche an Unterhaltsve	-100,00	-120,00	-20,00
422300 SozL. iE. Leistungen Sozialleistung	-3.100,00	-4.376,92	-1.276,92
422900 SozL. iE. Sonstige Ersatzleistungen	-100,00	-42,59	57,41
429100 Sonstige Transfererträge	-20.000,00	-13.031,38	6.968,62
* Sonstige Transfererträge	-279.150,00	-357.780,42	-78.630,42

2.1.1.1.4 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte sind geprägt durch Benutzungsgebühren, insbesondere für die Tagesbetreuung von Kindern.

Darüber hinaus sind hier Verwaltungsgebühren, Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Beiträge nach dem Baugesetzbuch sowie dem Kommunalen Abgabengesetz nachgewiesen.

Erträge und Aufwendungen	Ansatz 2009	Ergebnis 2009	Ist - Ansatz
431100 Verwaltungsgebühren	-579.150,00	-641.276,68	-62.126,68
432100 Benutzungsgebühren und ähnliche Ent	-2.425.136,00	-1.974.797,31	450.338,69
432900 Sonstige Benutzungsgebühren		-5.582,00	-5.582,00
432901 Techn. Hilfeleistung	-10.000,00	-3.526,05	6.473,95
432902 sonst. Hilfeleistung	-5.000,00	-268,00	4.732,00
432903 Ben.geb Sport	-24.000,00	-22.092,24	1.907,76
437100 Aufl. SoPo Ersch. BauG-Z. Zuschüsse	-428.065,00	-512.838,35	-84.773,35
437200 Aufl. SoPo Beitr. KAG-Z. Zuschüsse	-72.629,00	-83.589,99	-10.960,99
437210 Aufl. SoPo Beitr. KAG-P. Zu.,gepl.	-1.480,00		1.480,00
* Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte	-3.545.460,00	-3.243.970,62	301.489,38

Die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte weisen im Haushaltsjahr 2009 Mindererträge in Höhe von 301 T€ aus.

Insbesondere im Bereich der Benutzungsgebühren ergeben sich erhebliche Abweichungen (450 T€ weniger als geplant). Dazu tragen allein die Elternbeiträge für die Nutzung der Offenen Ganztagschulen (Produktbereich 1.03.01) einen Minderertrag in Höhe von 149 T€ bei. Des Weiteren ist im Bereich der Kindertagesbetreuung (Produktbereich 1.06.01) eine Plan-Ist-Abweichung von 191 T€ entstanden.

Mehrerträge sind bei der Auflösung von Sonderposten aus BauGB- und KAG-Beiträgen zu verzeichnen. Dies ist begründet durch Veränderungen in der Anlagenbuchhaltung (Fertigstellung von Straßen und die Bildung entsprechender Sonderposten in 2009).

Aufgrund der Aufgabenübertragung des Baubetriebshofes und des Hallenfreizeitbades werden seit 2008 keine Erträge aus Gebühren für Friedhöfe sowie Benutzungsgebühren für das Hallenfreizeitbad mehr ausgewiesen.

2.1.1.1.3 Privatrechtliche Leistungsentgelte

Die privatrechtlichen Leistungsentgelte belaufen sich im Haushaltsjahr 2009 auf insgesamt rd. 779 T€. Sie liegen damit rd. 45 T€ über dem Planansatz.

Sie umfassen insbesondere Miet- und Pächterträge sowie Erträge (Verkauf) aus der Finanzierung der Mittagsverpflegung in den Tageseinrichtungen für Kinder (177 T€) und in den weiterführenden Schulen (149 T€).

Erträge und Aufwendungen	Ansatz 2009	Ergebnis 2009	Ist - Ansatz
441100 Verkauf	-362.700,00	-343.349,52	19.350,48
441200 Mieten, Pachten, Erbbauzinsen	-259.648,00	-313.776,20	-54.128,20
441210 Mietnebenkosten	-93.599,00	-104.387,92	-10.788,92
441900 Sonstige priv. Leistungsentgelte	-17.850,00	-17.420,43	429,57
* Privatrechtliche Leistungsentgelte	-733.797,00	-778.934,07	-45.137,07

2.1.1.1.4 Erträge aus Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Die Erträge aus Kostenerstattungen und Kostenumlagen umfassen Erstattungsleistungen Dritter, insbesondere für erzieherische Hilfen.

Die Erträge aus Kostenerstattungen und Kostenumlagen betragen im Haushaltsjahr 2009 insgesamt rd. 1,9 Mio. € und sind damit rd. 542 T€ höher als geplant.

Bei den Kostenerstattungen zwischen den Gemeinden im Rahmen des § 89 SGB VIII (wirtschaftliche Jugendhilfe) konnten wesentliche Mehrerträge (154 T€) erzielt werden. Weitere Mehrerträge sind bei der Verbundschule erzielt worden (Erstattung des RSK für den Betrieb der Verbundschule; 156 T €). Aufgrund der unterschiedlichen Auslegung des bestehenden Vertrages war vorsichtshalber kein Planansatz gebildet worden.

Bei den Mehrerträgen aus Erstattungen von verbundenen Unternehmen und Betrieben handelt es sich insbesondere um Verwaltungskostenerstattungen des Stadtbetriebes Bornheim und von Wasser- sowie Abwasserwerk.

Im Bereich der periodenfremden Kostenerstattungen wurden die o. g. Erstattungen des Rhein-Sieg-Kreises für den Betrieb der Verbundschule in den Jahren 2007 - 2008 nachgewiesen.

Erträge und Aufwendungen	Ansatz 2009	Ergebnis 2009	Ist - Ansatz
442100 Erstattungen vom Bund	-10.980,00	-10.980,80	-0,80
442200 Erstattungen vom Land	-271.479,00	-238.935,64	32.543,36
442300 Erstattungen von Gemeinden	-338.700,00	-701.022,09	-362.322,09
442400 Erstattungen von Zweckverbänden	-11.000,00	-11.000,00	
442500 Erstattungen vom so. öff. Bereich	-67.267,00	-56.338,98	10.928,02
442600 Erstattungen von verb. Unt., Bet.,	-487.225,00	-480.505,73	6.719,27
442700 Erstattungen von so. öffentlichen S	-28.100,00	-28.179,20	-79,20
442800 Erstattungen von privaten Unternehm	-59.929,00	-13.972,02	45.956,98
442900 Erstattungen von übrigen Bereichen	-56.000,00	-50.502,58	5.497,42
443900 Sonstige Kostenerstattungen	-4.500,00	-45,39	4.454,61
449800 Periodenfremde Kostenerstattungen	-500,00	-286.185,51	-285.685,51
* Erträge aus Kostenerstattung/-umlage	-1.335.680,00	-1.877.667,94	-541.987,94

2.1.1.1.5 Sonstige ordentliche Erträge

Die sonstigen ordentlichen Erträge betragen in 2009 insgesamt rund 3,35 Mio. €. Sie liegen um rd. 644 T€ höher als geplant.

Es handelt sich insbesondere um Konzessionsabgaben (2,5 Mio. €), welche ca. 74% der sonstigen ordentlichen Erträge ausmachen.

Markante Abweichungen in den nicht geplanten Erträgen sind aus der Auflösung von Rückstellungen (201 T€) und bei Grundstücksveräußerungen (174 T€) entstanden.

Bei den Erträgen aus der Veräußerung von Festwerten (hier Straßenbeleuchtung) wurde der Planansatz erheblich unterschritten (Wenigererträge 127 T€), was in zu hohem, an Vergangenheitswerten orientierten Planansatz begründet ist.

Im Bereich der Verwarnungsgelder wurden ebenfalls deutlich weniger Erträge eingenommen als geplant.

Erträge und Aufwendungen	Ansatz 2009	Ergebnis 2009	Ist - Ansatz
451200 Veräußerung Grundstücke		-173.943,71	-173.943,71
451500 Veräußerung bewegl. Sachen AV		-3.082,00	-3.082,00
451700 Erträge Festwerte	-131.000,00	-3.686,57	127.313,43
452100 Ordnungsrechtliche Erträge	-2.550,00	-1.402,15	1.147,85
452110 Bußgelder	-36.000,00	-26.408,24	9.591,76
452120 Zwangsgelder	-9.000,00	-12.281,00	-3.281,00
452130 Verwarnungsgelder	-100.250,00	-70.880,48	29.369,52
452200 Vollstreckungsgebühren	-40.000,00	-43.138,50	-3.138,50
452210 Säumniszuschläge	-11.000,00	-11.339,46	-339,46
452220 Mahngebühren	-20.000,00	-20.399,48	-399,48
452230 Stundungszinsen	-5.000,00	-4.189,43	810,57
452240 Rücklastschriftgebühren	-500,00	-826,84	-326,84
452250 Aussetzungszinsen	-1.000,00	-3.178,00	-2.178,00
452260 Verspätungszuschläge		-340,00	-340,00
452410 Sonstige Ausgleichszahlungen		-49.462,32	-49.462,32
452500 Nachforderungszinsen Gewerbesteuer	-100.000,00	-28.939,44	71.060,56
452600 Konzessionsabgaben	-2.192.000,00	-2.473.055,17	-281.055,17
452700 Schadensersatz	-500,00	2.936,78	3.436,78
452710 Schadensersatz - kostenmindernd -		-50.989,33	-50.989,33
452800 Spenden		-24.945,57	-24.945,57
453100 Aufl. von sonst. SoPo-Z. Zuschüsse		-7.799,74	-7.799,74
454200 Erstattung Körperschaftsteuer für V		-1.070,00	-1.070,00
454400 Erstattung Solidaritätszuschl. für		-62,74	-62,74
458200 Auflösung von Wb. auf Forderungen		-48.281,51	-48.281,51
458300 Auflösung von Rückstellungen		-201.033,55	-201.033,55
458410 Wertkorrektur Zahlungsabwicklung		-16,53	-16,53
458500 Bestandskorrekturen		-52.474,00	-52.474,00
459100 Sonstige ordentliche Erträge	-56.000,00	-9.462,18	46.537,82
459800 Periodenfremde sonstige ordentl. Er		-29.546,92	-29.546,92
* Sonstige ordentliche Erträge	-2.704.800,00	-3.349.298,08	-644.498,08

2.1.1.1.6 Aktivierte Eigenleistungen

Aktiviert Eigenleistungen sind innerbetriebliche Leistungen, die zwar konsumtiven Charakter haben, aber letztendlich zur Herstellung von Anlagevermögen beitragen, wie z.B. Planungsleistungen der Verwaltungsmitarbeiter bei der Herstellung von Gebäuden oder Straßen. Diese werden dann zu Herstellungskosten aktiviert und über den Zeitraum ihrer Nutzung abgeschrieben.

Erträge und Aufwendungen	Ansatz 2009	Ergebnis 2009	Ist - Ansatz
919999 Planung aktivierter Eigenleistungen	-37.400,00		37.400,00
* Aktivierte Eigenleistungen	-37.400,00		37.400,00

Im Haushaltsjahr 2009 wurden aktivierte Eigenleistungen geplant, aber nicht erfasst.

2.1.1.2 Ordentliche Aufwendungen**2.1.1.2.1 Personalaufwendungen**

Die Personalaufwendungen belaufen sich insgesamt auf rd. 16 Mio. €.

Darin enthalten sind zahlungsunwirksame Aufwendungen für:

- Zuführungen zu Pensionsrückstellungen für Beschäftigte: 788 T€,
- Zuführungen zu Rückstellungen für die Inanspruchnahme Altersteilzeit: 117 T€ sowie
- Zuführungen zu Rückstellungen für nicht genommenen Urlaub: 191 T€.

Die Personalintensität (Anteil des Personalaufwandes an den ordentlichen Aufwendungen) beträgt 22,3 % und ist somit niedriger als in 2008 (22,8 %).

Insgesamt sind in 2009 Minderaufwendungen in Höhe von rd. 736 T€ zu verzeichnen.

Dies resultiert u.a. daraus, dass die Beiträge zu Versorgungskassen für Versorgungsempfänger (Kontengruppe 502) zwar bei den Personalaufwendungen geplant, aber tatsächlich verursachungsgerecht getrennt und bei den Versorgungsaufwendungen verbucht worden sind (s. weiter unten 2.1.1.2.2). Im Ist-Ergebnis sind somit lediglich die Beiträge für aktive Beamte nachgewiesen.

Die Plan-Ist-Abweichungen stellen sich nach Kontengruppen wie folgt dar:

Erträge und Aufwendungen	Ansatz 2009	Ergebnis 2009	Ist - Ansatz
501+++ Bezüge, Vergütungen für Beschäftigte	11.965.789,00	11.899.017,68	-66.771,32
502+++ Beiträge zu Versorgungskassen	1.743.844,00	889.003,79	-854.840,21
503+++ Beiträge zu gesetzl. Sozialversicherung	1.800.407,00	1.830.745,99	30.338,99
504+++ Beihilfen	161.200,00	196.953,16	35.753,16
505100 Zuführung Pensionsrückstellungen	927.992,00	787.662,00	-140.330,00
506100 Zuführung Rückstellung Altersteilzeit	39.400,00	116.567,63	77.167,63
507100 Zuführung Rückstellung nicht genom. Urlaub		191.115,18	191.115,18
509100 Pauschalierte Lohnsteuer	50.857,00	42.333,09	-8.523,91
* Personalaufwendungen	16.689.489,00	15.953.398,52	-736.090,48

Die Einsparungen innerhalb der Kontengruppe 501 (Bezüge und Vergütungen) sind insbesondere zurückzuführen auf

- zeitverzögerte Nachbesetzungen/ Nichtbesetzungen von Stellen,
- Inanspruchnahme von Elternzeit,
- Wegfall der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall,
- Nicht ausgezahlte Leistungszulagen.

2.1.1.2.2 Versorgungsaufwendungen

Die Versorgungsaufwendungen sowohl für aktive Beamte als auch Versorgungsempfän-

ger wurde zentral in der Produktgruppe 1.01.09 „Personalmanagement“ in der Kontengruppe Personalaufwendungen geplant (s.o.).

Abweichend von der Planung wurde der Aufwand für Versorgungsempfänger in der Kontengruppe "Versorgungsaufwendungen" verbucht, was den erheblichen Mehraufwand erklärt.

Erträge und Aufwendungen	Ansatz 2009	Ergebnis 2009	Ist - Ansatz
512100 Beiträge Versorgungskasse Versorgungse		885.899,39	885.899,39
514100 Beihilfen Versorgungsempfänger	164.000,00	162.002,51	-1.997,49
* Versorgungsaufwendungen	164.000,00	1.047.901,90	883.901,90

2.1.1.2.3 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen umfassen insbesondere:

- Stadtpauschale Stadtbetriebe Bornheim (2,3 Mio. €) für die Unterhaltung von Straßen (auch Winterdienst), Spiel- und Sportplätzen, Grünflächen und Straßenbegleitgrün, darüber hinaus für die Nutzung von Fahrzeugen, Entsorgung von wildem Müll und Betreuung der Glascontainer;
- Unterhaltungs- und Bewirtschaftungsaufwendungen: 2,2 Mio. €,
- Niederschlagswasser: 1,89 Mio. €,
- Energie (Strom, Gas, Heizöl): 1,33 Mio. €,
- Schülerbeförderung: 1 Mio. €.

Erträge und Aufwendungen	Ansatz 2009	Ist Erg. 2009	Ist - Ansatz
521210 Wertkorrektur Zahlungsabwicklung	500,00	62,38	-437,62
522100 Strom	628.254,00	653.299,67	25.045,67
522200 Gas	775.000,00	677.896,47	-97.103,53
522400 Heizöl	1.200,00		-1.200,00
522500 Niederschlagswasser	1.905.354,00	1.889.284,80	-16.069,20
522700 Wasser	84.100,00	54.514,25	-29.585,75
522800 Abwasser	111.150,00	87.140,09	-24.009,91
523100 Unterhaltung Grundstücke, Gebäude u	803.737,00	975.119,30	171.382,30
523110 Wartung Gebäudetechnik	80.853,00	109.993,10	29.140,10
523130 Reinigung, Winterdienst für Grundst	19.670,00	19.642,11	-27,89
523200 Unterhaltung Infrastrukturvermögen	185.000,00	71.472,81	-113.527,19
523300 Unterhaltung Maschinen und tech. An	821.368,51	421.002,65	-400.365,86
523310 Reinigung Maschinen und tech. Anlag	1.100,00	1.041,49	-58,51
523400 Unterhaltung Fahrzeuge	9.730,00	8.984,49	-745,51
523410 Reparatur Fahrzeuge	20.300,00	2.410,19	-17.889,81

Stadt Bornheim

Entwurf des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2009

Lagebericht

Blatt 13

523500	Unterhaltung Betriebsvorrichtungen	340.000,00	306.750,09	-33.249,91
523600	Unterhaltung Betriebs- und Geschäft	149.015,00	145.388,99	-3.626,01
523610	Unterhaltung Datenverarbeitungseinr	155.977,00	120.959,60	-35.017,40
523700	Bewirtschaftung Grundstücke, Gebäud	16.450,00	28.591,41	12.141,41
523710	Abfallentsorgung	133.932,00	134.804,23	872,23
523720	Gebäudereinigung	771.245,00	707.867,33	-63.377,67
523730	Schornsteinreinigung	6.297,00	4.837,21	-1.459,79
524100	Schülerbeförderungskosten	1.179.000,00	1.058.555,71	-120.444,29
524200	Lehrmittel nach Lernmittelfreiheits	209.340,00	188.553,23	-20.786,77
524300	Lehr- und Unterrichtsmittel	114.770,00	105.003,12	-9.766,88
524310	Projektorientierter Unterrichtsbeda	26.635,00	27.905,00	1.270,00
524400	Medien	6.000,00	3.830,23	-2.169,77
524900	Verw.-/Betriebsaufwendungen	97.930,00	64.785,32	-33.144,68
524901	Planungs- und Gutachteraufwand	371.500,00	131.758,14	-239.741,86
524902	Projekt Fördermaßnahmen	46.760,00	37.121,86	-9.638,14
524903	Projekt Familienzentrum	16.800,00	18.987,21	2.187,21
524904	Projekt Ausstattung U3 in KiTas	16.695,00	2.475,43	-14.219,57
524905	Projekt QM-System	32.231,00		-32.231,00
524907	Projekt Integration		5.124,66	5.124,66
525200	Erstattungen an Land	34.000,00	34.700,02	700,02
525300	Erstattungen an Gemeinden	360.500,00	378.522,84	18.022,84
525400	Erstattungen an Zweckverbände	374.450,00	364.552,26	-9.897,74
525500	Erstattungen an so. öffentlichen Be		75,83	75,83
525900	Erstattungen an übrige Bereiche	20.253,33	24.506,47	4.253,14
526300	Betriebsstoffe	12.450,00	7.987,19	-4.462,81
526800	Sonstiger Materialverbrauch	20.000,00	8.897,35	-11.102,65
528900	Sonstige Kostenerstattungen	355.500,00	364.200,00	8.700,00
529100	Sonstige Sach- und Dienstleistungen	1.054.674,00	459.788,75	-594.885,25
529200	Verbandsumlagen	450.000,00	378.360,00	-71.640,00
529800	Periodenfremde Sach- u. Dienstleist		7.054,80	7.054,80
529900	Andere sonst. Sach- und Dienstleist	78.880,00	19.284,57	-59.595,43
529901	Honorare	148.000,00	150.597,96	2.597,96
529905	SBB Stadtpauschale	2.363.746,28	2.315.639,82	-48.106,46
529910	SBB Einzelabrechnung	66.960,00	52.742,33	-14.217,67
*	Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen	14.477.307,12	12.632.072,76	-1.845.234,36

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sind im Haushaltsjahr 2009 insgesamt im Volumen von 12,6 Mio. € angefallen. Gegenüber dem Planansatz 2009 ergeben sich Minderaufwendungen in Höhe von rd. 1,8 Mio. €.

2.1.1.2.4 Bilanzielle Abschreibungen

Die bilanziellen Abschreibungen stellen den Ressourcenverbrauch des Anlagevermögens dar. Der Wert der bilanziellen Abschreibungen in 2009 beträgt insgesamt rd. 6,25 Mio. €.

Davon sind besondere Positionen:

- 3,4 Mio. € auf Abschreibungen für das Infrastrukturvermögen
- 2,1 Mio. € auf Abschreibungen für bebaute Grundstücke
- 0,2 Mio. € auf Abschreibungen für Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Erträge und Aufwendungen	Ansatz 2009	Ergebnis 2009	Ist - Ansatz
572100 AfA immaterielle VermGgegenst. des AV	35.225,00	30.812,02	-4.412,98
573100 AfA Aufbauten, Betr. unbebaute Grunddst.	137.115,00	119.617,99	-17.497,01
573200 AfA Aufbauten, Betr. bebaute Grundst.	2.111.288,00	2.052.662,45	-58.625,55
574100 AfA Brücken und Tunnel	45.515,00	47.133,29	1.618,29
574300 AfA Entw., Abwasserbeseitigungsanlagen		152.958,39	152.958,39
574400 AfA Straßen, Wege, Plätze	3.194.547,00	3.387.794,05	193.247,05
574500 AfA sonstige Bauten d. InfrastrukturVerm.	20.226,00	32.298,37	12.072,37
575100 AfA Maschinen	12.042,00	6.823,32	-5.218,68
575200 AfA technische Anlagen	3.310,00	1.502,18	-1.807,82
575300 AfA Betriebsvorrichtungen	7.594,00	8.198,87	604,87
575400 AfA Fahrzeuge	98.992,00	74.806,66	-24.185,34
576100 AfA Betriebs- und Geschäftsausstattung	207.823,00	198.523,15	-9.299,85
576200 AfA Geringwertige Wirtschaftsgüter	491.100,00	132.541,16	-358.558,84
* Bilanzielle Abschreibungen	6.364.777,00	6.245.671,90	-119.105,10

2.1.1.2.5 Transferaufwendungen

Die Transferaufwendungen umfassen insbesondere die Kreisumlage (rd. 16,8 Mio. €) sowie Jugendhilfeleistungen (Sachkonten 531900 bis 533590, rd. 9,0 Mio. €).

Die über die allgemeine Kreisumlage hinaus zu tragende Mehrbelastung für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) bleibt mit rd. 1,6 Mio. € im Planansatz.

Des Weiteren sind Transferleistungen an das Land zu leisten. Zunächst ist es die aus dem Ist-Aufkommen der Gewerbesteuer abzuführende Gewerbesteuerumlage mit insgesamt 1,2 Mio. € (Normalumlage mit 610 T€ und Finanzierungsbeitrag am Fonds Deutsche Einheit mit 628 T€), darüber hinaus die Krankenhausfinanzierung mit 539 T€ (Sachkonto 531200).

Die Transferaufwendungen betragen im Haushaltsjahr 2009 insgesamt 30,2 Mio. €. Die Transferaufwandsquote (Anteil der Transferaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen) nimmt einen Anteil von 42,2 % ein.

Erträge und Aufwendungen	Ansatz 2009	Ergebnis 2009	Ist - Ansatz
531200 Zuweisungen an Land	550.000,00	538.656,67	-11.343,33
531400 Zuweisungen an Zweckverbände	1.950,00		-1.950,00
531800 Zuschüsse an private Unternehmen	150.000,00	150.000,00	
531900 Zuschüsse an übrige Bereiche	5.477.571,68	5.474.016,55	-3.555,13
532900 Schuldendiensthilfen an übrige Bereiche	5.000,00		-5.000,00
533400 Jugendhilfe an Personen außerh. Einr.	1.236.400,00	1.436.294,12	199.894,12
533410 Jugendhilfe an Träger außerh. Einr.	6.000,00	6.242,14	242,14
533490 Sonstige Jugendhilfe außerh. Einr.	29.500,00	71.654,24	42.154,24
533500 Jugendhilfe an Personen innerh. Einr.	1.995.000,00	1.988.711,46	-6.288,54
533590 Sonstige Jugendhilfe innerh. Einr.	31.000,00	25.677,52	-5.322,48
533800 Leistungen nach dem AsylbLG	-1.273,12		1.273,12
533810 Leistungen bei Krankheit usw. AsylbLG	110.000,00	71.602,22	-38.397,78
533820 Leistungen in besonderen Fällen AsylbLG	29.556,97	173.472,26	143.915,29
533830 Grundleistungen nach dem AsylbLG	265.030,93	160.105,37	-104.925,56
533840 Arbeitsgelegenheiten nach dem AsylbLG	1.000,00		-1.000,00
533850 Sonstige Leistungen nach dem AsylbLG	4.000,00		-4.000,00
533900 Sonstige soziale Leistungen	371.000,00	359.760,10	-11.239,90
534100 Gewerbesteuerumlage	725.000,00	610.217,00	-114.783,00
534200 Finanzierungsbeteiligung Fonds Dt.Einr.	553.000,00	628.273,00	75.273,00
537210 Kreisumlage	16.810.000,00	16.812.681,00	2.681,00
537230 Mehrbelastung ÖPNV	1.622.000,00	1.620.499,00	-1.501,00
539800 Periodenfremde Transferaufwendungen		60.000,00	60.000,00
* Transferaufwendungen	29.971.736,46	30.187.862,65	216.126,19

Gegenüber dem Plan sind geringfügige Mehraufwendungen in Höhe von rd. 0,2 Mio. € zu verzeichnen, die überwiegend auf Entwicklungen innerhalb der Jugendhilfe zurück zu führen sind.

2.1.1.2.6 Sonstige ordentliche Aufwendungen

Zu den sonstigen ordentlichen Aufwendungen zählen

- Sonstige Personalaufwendungen, z.B.
 - Aufwendungen für Aus- und Fortbildung
 - Aufwendungen für übernommene Reisekosten
 - Aufwendungen für Dienst- und Schutzkleidung
- Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten, z.B.:
 - Mieten
 - Beratung, Prüfung, Rechtsschutz
 - Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeiten
- Geschäftsaufwendungen, z.B. Büromaterial, Fachliteratur, Porto und Telefonie;

- Aufwendungen für
 - Versicherungsbeiträge
 - Mitgliederbeiträge zu Vereinen und Verbänden
 - sonstige Rückstellungen
 - Verlustübernahmen (Hallenfreizeitbad und Anruf-Sammel-Taxi)
 - Festwerte (z.B. Straßenbeleuchtung, Medienfestwert Bücherei)

- Wertkorrekturen , z.B.:
 - Wertberichtigungen auf Forderungen
 - Abschreibungen auf Forderungen
 - Sonstige Bestandskorrekturen, auch Verluste aus Anlagenabgang

- Betriebliche Steueraufwendungen (Grund-, Körperschaft-, Kapitalertragsteuer)

Erträge und Aufwendungen	Ansatz 2009	Ist Erg. 2009	Ist - Ansatz
541100 Personaleinstellungen	11.000,00	13.925,77	2.925,77
541200 Aus- und Fortbildung, Umschulung	129.000,61	91.562,64	-37.437,97
541300 Reisekosten	65.150,00	42.913,29	-22.236,71
541400 Beschäftigtenbetreuung, Dienstjubil	2.100,00	2.100,00	
541600 Dienst- und Schutzkleidung	10.280,08	7.368,65	-2.911,43
541700 Personalnebenaufwand	13.740,00	10.405,60	-3.334,40
542100 Mieten, Pachten, Erbbauzinsen	478.035,00	481.292,99	3.257,99
542110 Mietnebenkosten	79.461,00	63.375,88	-16.085,12
542120 Miete für Betriebs- und Geschäftsaus	70.218,00	34.288,34	-35.929,66
542200 Leasing		371,28	371,28
542300 Gebühren	86.335,00	65.789,96	-20.545,04
542310 Bankgebühren	26.000,00	13.535,17	-12.464,83
542700 Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	599.765,49	181.508,08	-418.257,41
542800 Aufw. ehrenamtliche und sonstige Tä	305.430,00	292.576,71	-12.853,29
542900 Inanspruchnahme Rechte Dienste	14.966,59	8.632,02	-6.334,57
543100 Büromaterial	112.337,00	114.973,34	2.636,34
543110 Verbrauchsmaterial	650,00		-650,00
543200 Drucksachen	12.000,00	10.711,27	-1.288,73
543210 Kopierkosten	110.700,00	132.061,91	21.361,91
543300 Gesetze Fachliteratur Abos	62.980,00	54.440,15	-8.539,85
543400 Porto, Zustellservice	166.294,26	140.545,45	-25.748,81
543500 Telefon	103.870,00	123.718,23	19.848,23
543600 Öffentliche Bekanntmachungen	25.600,00	7.158,04	-18.441,96
543700 Gästebewirtung und Repräsentation	22.800,00	8.019,99	-14.780,01
543800 Werbung	2.200,00	897,57	-1.302,43
543900 Sonstige Geschäftsaufwendungen	151.388,39	148.326,40	-3.061,99
544100 Versicherungsbeiträge	8.000,00		-8.000,00
544110 Haftpflichtversicherung	138.500,00	138.860,24	360,24
544120 Unfallversicherung	358.864,00	368.370,82	9.506,82
544130 Gebäudeversicherung	105.669,00	89.924,04	-15.744,96

544140 Eigenschadenversicherungen	12.000,00	11.451,54	-548,46
544150 Elektronikversicherung	3.723,00	7.168,87	3.445,87
544200 Kfz-Versicherungsbeiträge	10.270,00	7.802,33	-2.467,67
544300 Beiträge zu Verbänden und Vereinen	42.720,00	43.430,04	710,04
544500 Verluste aus Abgang von VermG AV		17.143,12	17.143,12
544700 Sonstige Rückstellungen		599.613,68	599.613,68
544800 Wertberichtigungen auf Forderungen		393.581,11	393.581,11
544820 AfA Forderungen		54.654,49	54.654,49
544900 Sonstige Beiträge	74.930,00	4.555,15	-70.374,85
545300 Verlustübernahme	1.485.119,00	1.420.415,21	-64.703,79
547100 Grundsteuer	26.740,00	21.307,43	-5.432,57
548200 Körperschaftsteuer	51.300,00	1.997,00	-49.303,00
548300 Kapitalertragsteuer	15.000,00	41.082,88	26.082,88
548400 Solidaritätszuschlag	5.700,00	2.283,29	-3.416,71
549100 Verfügungsmittel	5.100,00	5.058,24	-41,76
549200 Schadensfälle	92.701,00	83.476,69	-9.224,31
549300 Festwerte	389.500,00	74.822,58	-314.677,42
549700 Erstattungszinsen Gewerbesteuer	60.000,00	9.911,00	-50.089,00
549900 Sonstige ordentliche Aufwendungen	7.500,00	2.135,00	-5.365,00
* Sonstige ordentliche Aufwendungen	5.555.637,42	5.449.543,48	-106.093,94

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen betragen insgesamt 5,45 Mio. € im Haushaltsjahr 2009. Gegenüber dem Planansatz ergeben sich Minderaufwendungen in Höhe von rd. 106 T€.

Den größten Anteil an den sonstigen ordentlichen Aufwendungen tragen die Verlustübernahmen, in 2009 waren es Zuweisungen an:

- die Stadtbetriebe für den Verlust des Hallenfreizeitbades: 1.124 T€;
- die Stadtbetriebe für den Verlust durch den Winterdienst: 238 T€;
- die Regionalverkehr Köln GmbH für den Verlust Linienverkehr (AST): 58 T€.

Der zweitgrößte Anteil wird durch sonstige Rückstellungen begründet, und zwar

- für unterlassene Instandhaltung Gebäude: 319,5 T€;
- für Erstattungsverpflichtungen aus dem Beamtenrecht: 18,4 T€;
- für Verpflichtungen aus dem Einheitslastenabrechnungsgesetz: 262 T€.

Eine weitere erhebliche Position sind die Wertberichtigungen auf Forderungen, für die kein Planansatz in 2009 gebildet worden ist, da die Erfahrungswerte aus den Doppik-Jahren 2007-2008 unzureichend waren. Erstmals ist für 2010 ein Planansatz für Wertberichtigungen gebildet worden.

Ebenso waren die Abschreibungen auf Forderungen (SK 544820) in 2009 nicht geplant worden.

Minderaufwendungen für Beratungsleistungen (SK 542700) entstanden insbesondere in der Produktgruppe 1.01.10 Finanzwirtschaft, da Prüfungsleistungen (50 T€ betr. Einfüh-

rung NKF und Aufstellung Eröffnungsbilanz) schwerpunktmäßig nicht in 2009 in Anspruch genommen worden sind. Ebenso ist der Planansatz in Produktgruppe 1.01.13 Recht erheblich unterschritten (20 T€). Auch in den Produktgruppen 1.01.14 und 1.01.15 wurden Planungsleistungen nicht in Anspruch genommen (120 T€ für Investorenwettbewerb Grundstück Ecke Adenauerallee/Bonner Straße und Planungskosten Sanierung Rathaus).

Erheblich weniger Aufwendungen als Planwerte wurden für Festwerte geleistet:

- Festwert Straßenbeleuchtung: 250,1 T€ weniger;
- Festwerte Spielplätze: 13,2 T€ weniger;
- Festwerte Sportplätze: 40T€ weniger.

Durch den Übergang der Bewirtschaftung des Hallenfreizeitbades auf die Stadtbetriebe wurden weniger Körperschaftsteuern gezahlt.

Die unter sonstige Beiträge veranschlagten Aufwendungen für die Erschließung städtischer Grundstücke wurden verschoben.

Die ordentlichen Erträge und die ordentlichen Aufwendungen führen insgesamt zu einem negativen Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 3,0 Mio. €.

Der Aufwandsdeckungsgrad beträgt 95,80 %.

Erträge und Aufwendungen	Ansatz 2009	Ergebnis 2009	Ist - Ansatz
** Ordentliche Erträge	-67.166.809,00	-68.512.528,96	-1.345.719,96
** Ordentliche Aufwendungen	73.222.947,00	71.516.451,21	-1.706.495,79
*** Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	6.056.138,00	3.003.922,25	-3.052.215,75

2.1.1.3 Finanzerträge und Finanzaufwendungen

Die Finanzerträge in Höhe von rd. 557 T€ setzen sich insbesondere zusammen aus

- Zinserträgen aus der Eigenkapitalverzinsung Wasser- und Abwasserwerk in Höhe von 424,5 T€ sowie
- Erträgen aus der Gewinnbeteiligung an der Regionalgas Euskirchen GmbH & Co. KG in Höhe von rd. 130 T€.

Die erwirtschafteten Erträge fallen geringer aus als geplant.

Die Finanzaufwendungen betragen im Berichtszeitraum rd. 4,7 Mio. €.

Sie resultieren fast insbesondere aus den bestehenden Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen (4,7 Mio. €). Die restlichen 600 T€ sind Aufwendungen für Zinsen für Kassenkredite. Gegenüber dem Planansatz ergeben sich Minderaufwendungen in Höhe von rd. 830 T€.

Der Anteil der Finanzaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen (Zinslastquote) beträgt 6,58 %.

Insgesamt ergibt sich ein negatives Finanzergebnis von – 4,15 Mio. €.

Erträge und Aufwendungen	Ansatz 2009	Ergebnis 2009	Ist - Ansatz
461600 Zinsen von verb. U.,Beteil.,Sonderv	-424.350,00	-424.521,00	-171,00
461900 Zinsen vom sonstigen incl. Bereich		-453,50	-453,50
469100 Erträge Gewinnanteilen aus Beteiligunge	-226.000,00	-132.116,37	93.883,63
469900 Sonstige Finanzerträge		-27,00	-27,00
* Finanzerträge	-650.350,00	-557.117,87	93.232,13
551500 Zinsen an sonstigen öff. Bereich	450.000,00		-450.000,00
551700 Zinsen an sonstigen öff. SoRe	2.320.000,00	3.313.437,33	993.437,33
551800 Zinsen an Kreditinstitute	2.767.500,00	1.393.577,68	-1.373.922,32
559400 Zinsaufwendungen Capital Lease	533,00	561,72	28,72
* Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.538.033,00	4.707.576,73	-830.456,27
** Finanzergebnis	4.887.683,00	4.150.458,86	-737.224,14

2.1.1.4 Außerordentliche Erträge und Aufwendungen

Als außerordentlich hat der Gesetzgeber solche Sachverhalte definiert, die

- selten,
- ungewöhnlich und
- von wesentlicher Bedeutung sind.

Das ordentliche Jahresergebnis schließt somit mit einem Defizit von 7,15 Mio € ab. Es setzt sich zusammen aus dem Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (-3,0 Mio €) und dem Finanzergebnis (-4,15 Mio €).

2.2 Vermögens- und Kapitalrechnung

2.2.1 Aktiva

AKTIVA	31.12.2009 in €	Anteil	31.12.2008 in €	Anteil
1. Anlagevermögen	373.124.151	99,07%	375.667.088	98,65%
1.1. Immaterielle Vermögensgegenstände	127.526	0,03%	128.576	0,03%
1.2. Sachanlagen	301.704.741	80,11%	306.022.044	80,36%
1.3. Finanzanlagen	71.291.884	18,93%	69.516.468	18,25%
2. Umlaufvermögen	3.181.078	0,84%	4.851.757	1,27%
2.2 Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstände	3.019.425	0,80%	4.612.542	1,21%
2.4 Liquide Mittel	161.653	0,04%	239.214	0,06%
3. Aktive Rechnungsabgrenzung	308.006	0,08%	305.581	0,08%
Summe Aktiva	376.613.235	100,00%	380.824.425	100,00%

Die Bilanzsumme ist im Vergleich zum Jahr 2008 um rd. 4,2 Mio. € auf 376,6 Mio. € gesunken.

Die Veränderung der Bilanzsumme auf der Aktivseite ist hauptsächlich durch folgende Vorgänge begründet:

1. Abnahme des Anlagevermögens durch Abschreibungen (- 6,24 Mio. €),
2. Abgänge von Sachanlagen durch Verkauf oder Verschrottung (-0,5 Mio. €),
3. Zugang von Anlagevermögen durch Kauf oder Herstellung (gesamt + 4,2 Mio. €),
4. davon Zugang von Finanzanlagen:
 - Korrektur der Finanzanlage Stadtbetriebe Bornheim (+1,8 Mio. €),
5. Abnahme der offenen Forderungen gegenüber 2008 (- 1,6 Mio. €).

2.2.1.1 Anlagevermögen

Die detaillierte Entwicklung des Anlagevermögens ist im Anlagenspiegel dargestellt.

Folgende verdichtete Übersicht zeigt die sich im Haushaltsjahr 2009 ergebene Entwicklung im Anlagevermögen:

Entwicklung	Gesamt in €	davon		
		1.1. Immaterielle Vermögens- gegenstände	1.2. Sachanlagen	1.3. Finanzanlagen
Stand 31.12.2008	375.667.087,52	128.576	306.022.044	69.516.468
Zugänge	4.159.592,95	29.763	2.353.069	1.776.762
Abgänge	-466.589,72	0	-465.244	-1.346
Umbuchungen - saldiert	0	0	0	0
Zwischensumme	379.360.091	158.338	307.909.869	71.291.884
kumulierte Abschreibungen (hier nur Anteil 2008)	-6.235.940	-30.812	-6.205.128	0
Buchwert 31.12.2009	373.124.150,61	127.526	301.704.741	71.291.884
Veränderung 2008-2009	-2.542.937	-1.050	-4.317.303	1.775.416

Die Abnahme des Sachanlagevermögens (-4,3 Mio. €) setzt sich hauptsächlich aus den Abschreibungen (-6,2 Mio. €) und den Zugängen durch Kauf oder Herstellung (+2,35 Mio. €) zusammen. Abgänge aus Verkauf von Vermögensgegenständen betragen -0,5 Mio. €.

Der Zugang bei der Finanzanlage Stadtbetriebe Bornheim (SBB), welche im Jahre 2008 gegründet worden waren, erklärt sich aus einer Korrekturbuchung der Eröffnungsbilanz: hier wurden passive Rechnungsabgrenzungsposten, welche später auf die SBB übertragen worden sind, zu hoch angesetzt. Die Korrektur bewirkte im Endeffekt eine positive Veränderung der Finanzanlage SBB.

2.2.1.2 Umlaufvermögen

Der Bestand an Forderungen insgesamt hat sich gegenüber 2008 wesentlich verändert (Abnahme um insgesamt um 1,6 Mio. €).

Detaillierte Angaben können aus dem Forderungsspiegel entnommen werden.

Die Abnahme der offenen Forderungen zum Jahresende ist teilweise eine Spätfolge der Umstellung auf NKF, da in den Jahren 2007 und 2008 ein Großteil der Altdaten abgearbeitet worden ist; durch Umstellungen innerhalb des Forderungsmanagements wurden aus der Kameralistik übernommene Forderungen weitgehend erledigt.

2.2.2 Passiva

PASSIVA		Anteil	31.12.2008 in €	Anteil
1. Eigenkapital	151.256.367	40,16%	167.834.576	44,07%
1.1 Allgemeine Rücklage	149.222.080	39,62%	158.645.908	41,66%
1.3 Ausgleichsrücklage	9.188.668	2,44%	10.674.588	2,80%
1.4 Jahresfehlbetrag	-7.154.381	-1,90%	-1.485.920	-0,39%
2. Sonderposten	87.413.762	23,21%	77.368.879	20,32%
3. Rückstellungen	28.330.504	7,52%	27.114.197	7,12%
3.1 Pensionsrückstellungen	26.312.595	6,99%	25.538.746	6,71%
3.3 Instandhaltungsrückstellungen	393.278	0,10%	164.193	0,04%
3.4 Sonstige Rückstellungen	1.624.631	0,43%	1.411.257	0,37%
4. Verbindlichkeiten	109.612.602	29,10%	108.505.048	28,49%
4.2 aus Krediten f. Investit.	80.298.165	21,32%	83.653.169	21,97%
4.3 aus Krediten z. Liquiditätssicherung	23.169.931	6,15%	18.981.865	4,98%
4.4 aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen		0,00%	15.724	0,00%
4.5 aus Lieferungen und Leistungen	1.672.000	0,44%	2.030.887	0,53%
4.6 Verb. a. Transferleistungen	1.853	0,00%	34.411	0,01%
4.7 Sonstige Verbindlichkeiten	4.470.653	1,19%	3.788.992	0,99%
5. Passive Rechnungsabgrenzung	0	0,00%	1.725	0,00%
Summe Passiva	376.613.235	100,00%	380.824.425	100,00%

Die Verringerung der Bilanzsumme um 4,2 Mio. € auf der Passivseite wird weiter unten detailliert erläutert.

2.2.2.1 Eigenkapital

Die Eigenkapitalquote hat sich von 44,07% auf 40,16% verschlechtert. Der absolute Wert ist von 167,8 Mio. € auf 151,3 Mio. € gesunken.

Maßgeblich für die Verschlechterung ist eine Berichtigung der Eröffnungsbilanz in 2009, welche ergebnisneutral gegen die allgemeine Rücklage verbucht wurde. Es handelt sich um die Berichtigung der Verbindlichkeiten aus erhaltenen Investitionspauschalen, welche 11,2 Mio. € betrug.

Weitere Auswirkungen auf das Eigenkapital hatten folgende Vorgänge:

- Veränderungen im Sachanlagevermögen (s.o.)
- Zunahme Verbindlichkeiten (1,1 Mio. €); weiter unten erläutert;
- Jahresfehlbetrag (aus Ergebnisrechnung, - 7,15 Mio. €).

Die Ausgleichsrücklage wurde um 1,485 Mio. € reduziert (Jahresfehlbetrag 2008).

2.2.2.2 Sonderposten

Der Wert der Sonderposten hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr um 10 Mio. € erhöht.

Diese Veränderung resultiert hauptsächlich aus einer oben erwähnten Korrekturbuchung der erhaltenen Investitionszuschüsse (11,2 Mio. €) und danach anknüpfender Bildung von Sonderposten (+10,5 Mio. €).

Weitere Zugänge von Sonderposten sind durch die Fertigstellung von Vermögensgegenständen entstanden (+1,8 Mio. €).

Die Abgänge sind besonders durch Auflösung von Sonderposten (-2,3 Mio. €) begründet.

2.2.2.3 Rückstellungen

Die Rückstellungen haben sich im abgelaufenen Geschäftsjahr um 1,2 Mio. € erhöht.

Dies ist im Wesentlichen zurückzuführen auf:

- die Aufstockung der Pensions- und sonstigen Rückstellungen (Urlaub, Altersteilzeit) aufgrund Personalfuktuation (+ 1 Mio. €) und
- die Erhöhung der Instandhaltungsrückstellungen (+0,2 Mio. €).

2.2.2.4 Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten haben sich insgesamt um 1,1 Mio. € auf 109,6 Mio. € gesteigert..

Obwohl die Verbindlichkeiten aus Investitionskrediten durch Tilgungsleistungen um rund 3,4 Mio. € verringert werden konnten, haben sich die Verbindlichkeiten aus Liquiditätskrediten (Kassenkredite) um weitere 4,2 Mio. € erhöht.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind geringfügig zurück gegangen (-0,36 Mio. €). Ebenso haben die Verbindlichkeiten aus Transferleistungen abgenommen (-0,03 Mio. €).

Durch die Berichtigung der Verbindlichkeiten aus erhaltenen Investitionspauschalen (11,2 Mio. €, Eröffnungsbilanz-Korrektur, s.o.) sind die sonstigen Verbindlichkeiten zunächst angestiegen, wurden aber durch entsprechende Bildung von Sonderposten um 10,5 Mio. € wieder herabgesetzt. Somit beträgt die Abweichung +0,7 Mio. € im Vergleich zu 2008.

2.2.2.5 Passive Rechnungsabgrenzung (PRAP)

Im Jahr 2009 wurden keine passiven Rechnungsabgrenzungsposten gebildet.

2.3 Finanzrechnung

Die Stadt Bornheim war im Berichtszeitraum jederzeit in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen rechtzeitig nachzukommen. Hierzu wurden eigene Mittel eingesetzt und auf Grund von Vereinbarungen mit Kreditinstituten Liquiditätskredite in Anspruch genommen.

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden durften, wurde mit Kassenkreditsatzung vom 16.12.2008 auf 40.000.000 € festgesetzt. Dieser Höchstbetrag wurde im Laufe des Haushaltsjahres 2009 nicht ausgeschöpft.

Im Vorjahresvergleich stellen sich die monatlichen Höchstbeträge der in Anspruch genommenen Liquiditätskredite wie folgt dar:

Entwicklung der Liquiditätskredite (monatliche Höchstbeträge)

Monat	2008	2009	± €
Januar	28.567.799 €	22.302.118 €	-6.265.681 €
Februar	25.609.524 €	22.108.966 €	-3.500.558 €
März	27.651.789 €	24.627.289 €	-3.024.500 €
April	25.269.904 €	24.636.753 €	-633.151 €
Mai	25.184.982 €	21.679.585 €	-3.505.397 €
Juni	22.825.298 €	23.723.196 €	897.898 €
Juli	23.544.130 €	25.418.677 €	1.874.547 €
August	21.430.560 €	23.166.736 €	1.736.176 €
September	22.802.739 €	26.406.244 €	3.603.505 €
Oktober	24.047.355 €	25.869.234 €	1.821.879 €
November	21.262.093 €	23.891.265 €	2.629.172 €
Dezember	23.964.107 €	26.886.938 €	2.922.831 €
Jahresmittel	24.346.690 €	24.226.417 €	-120.273 €

Im Vergleich zum Vorjahr wurden im Jahresdurchschnitt weniger Mittel zur Verstärkung der Liquidität benötigt.

Für die Inanspruchnahme der Liquiditätskredite waren insgesamt 609.828,86 € an Zinsen aufzuwenden. Der durchschnittliche Zinssatz betrug dabei 2,53 % (Vorjahr Ø 4,1 %).

Den zu den Bilanzstichtagen ausgewiesenen Beständen an liquiden Mitteln stehen folgende Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung gegenüber:

	liquide Mittel -Bestand-	Kredite zur Liquiditätssicherung
31.12.2008	239.214	18.981.865
31.12.2009	161.653	23.169.931

3. Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Bilanzstichtag eingetreten sind

Solche Vorgänge hat es im Haushaltsjahr 2009 nicht gegeben.

4. Kennzahlen* im Zeitvergleich

Mit Einführung des NKF haben die kommunalen Aufsichtsbehörden mit der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) und Vertretern der örtlichen Rechnungsprüfung in einem NKF - Kennzahlenset NRW landeseinheitliche Kennzahlen festgelegt, anhand dessen eine Analyse der Bilanzen und Jahresabschlüsse erfolgen und nach denen die Rechtmäßigkeit des kommunalen Handelns bewertet werden soll.

Nachfolgend sind die für eine Beurteilung der finanziellen Lage der Stadt Bornheim relevanten Kennzahlen aufgeführt, die ihre Aussagekraft aus dem Zeitvergleich erhalten.

4.1 Kennzahlen zur Ertragslage

Steuerquote

Die Steuerquote gibt an, zu welchem Teil sich die Gemeinde "selbst" finanzieren kann und somit unabhängig von staatlichen Zuwendungen ist.

* Die Definitionen der einzelnen Kennzahlen basieren auf dem Runderlass des Innenministeriums vom 01.10.2008 (Kommunales Haushaltsrecht, NKF - Kennzahlenset Nordrhein-Westfalen (NKF - Kennzahlen) 34 - 48.04.05/01 - 2323/07)

Stadt Bornheim

Entwurf des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2009

Lagebericht

Blatt 26

Für die Ermittlung der Netto-Steuerquote wird die Gewerbesteuerumlage und die Finanzierungsbeteiligung am Fonds Deutsche Einheit in Abzug gebracht.

	2007	2008	2009
Steuerquote (StQ) $\frac{\text{Steuererträge} \times 100}{\text{Ordentliche Erträge}}$	55,5	53,1	52,3
Netto-Steuerquote (N-StQ) $\frac{(\text{Steuererträge} - \text{GewSt.Umlage} - \text{Finanzierungsbet.Fonds Dt. Einheit}) \times 100}{\text{Ordentliche Erträge} - \text{GewSt. Umlage} - \text{Finanzierungsbet.Fonds Dt. Einheit}}$	54,5	52,3	51,4

Zuwendungsquote

Die Zuwendungsquote weist darauf hin, inwieweit die Gemeinde von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter abhängig ist.

	2007	2008	2009
Zuwendungsquote (ZwQ) $\frac{\text{Erträge aus Zuwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Erträge}}$	28,6	33,0	33,7

Personalintensität

Die Personalintensität gibt an, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen ausmachen. Diese Kennzahl dient im interkommunalen Vergleich dazu, die Frage zu beantworten, welcher Teil der Aufwendungen üblicherweise für Personal aufgewendet wird.

	2007	2008	2009
Personalintensität 1 (PI 1) $\frac{\text{Personalaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$	25,7	22,8	22,3

Sach- und Dienstleistungsquote

Diese Kennzahl lässt erkennen, in welchem Ausmaß sich eine Gemeinde für die Inanspruchnahme von Leistungen Dritter entschieden hat.

	2007	2008	2009
Sach- und Dienstleistungsintensität (SDI) $\frac{\text{Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$	15,9	17,6	17,7

Transferaufwandsquote

Die Transferaufwandsquote stellt einen Bezug zwischen den Transferaufwendungen und den ordentlichen Aufwendungen her.

	2007	2008	2009
Transferaufwandsquote (TAQ)			
$\frac{\text{Transferaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$	43,1	41,7	42,2
Umlagequote			
$\frac{\text{Allg. Kreisumlage} + \text{MB ÖPNV} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$	27,1	26,2	25,2

4.2 Kennzahlen zur Finanzlage

Anlagendeckungsgrad 2

Diese Kennzahl gibt an, wie viel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert sind. Bei der Berechnung des Anlagendeckungsgrades II werden dem Anlagevermögen die langfristigen Passivposten Eigenkapital, Sonderposten mit Eigenkapitalanteilen und langfristiges Fremdkapital gegenübergestellt.

	2007	2008	2009
Anlagendeckungsgrad 2 (AnD2)			
$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{Sopo Zuwendungen/Beiträge} + \text{langfristiges Fremdkapital}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$	84,8	90,0	88,1

Dynamischer Verschuldungsgrad

Mit Hilfe der Kennzahl "Dynamischer Verschuldungsgrad" lässt sich die Schuldentilgungsfähigkeit der Gemeinde beurteilen. Sie hat dynamischen Charakter, weil sie mit dem Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit aus der Finanzrechnung eine zeitraumbezogene Größe enthält. Dieser Saldo zeigt bei jeder Gemeinde an, in welcher Größenordnung freie Finanzmittel aus ihrer laufenden Geschäftstätigkeit im abgelaufenen Haushaltsjahr zur Verfügung stehen und damit zur möglichen Schuldentilgung genutzt werden könnten. Der dynamische Verschuldungsgrad gibt an, in wie vielen Jahren es unter theoretisch gleichen Bedingungen möglich wäre, die Effektivverschuldung aus den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln vollständig zu tilgen (Entschuldungsdauer).

	2007	2008	2009
Dynamischer Verschuldungsgrad (DVsg)			
$\frac{\text{Effektivverschuldung}}{\text{Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit (FR)}}$	188,3	55,8	-53,1

Liquidität 2. Grades

Die Kennzahl gibt stichtagsbezogen Auskunft über die kurzfristige Liquidität der Gemeinde. Sie zeigt auf, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel und die kurzfristigen Forderungen gedeckt werden können.

	2007	2008	2009
Liquidität 2. Grades (Li2) $\frac{\text{Liquide Mittel + kurzfristige Forderungen}}{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten}} \times 100$	12,9	29,7	15,4

Kurzfristige Verbindlichkeitsquote

Wie hoch die Bilanz durch kurzfristiges Fremdkapital belastet wird, kann mit Hilfe dieser Kennzahl beurteilt werden.

	2007	2008	2009
kurzfristige Verbindlichkeitsquote (KVbQ) $\frac{\text{Kurzfristige Verbindlichkeiten}}{\text{Bilanzsumme}} \times 100$	8,1	4,1	5,2

Zinslastquote

Die Zinslastquote zeigt auf, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den (ordentlichen) Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit besteht.

	2007	2008	2009
Zinslastquote (ZLQ) $\frac{\text{Finanzaufwendungen}}{\text{Ordentliche Aufwendungen}} \times 100$	10,8	8,0	6,6

4.3 Kennzahlen zur Vermögenslage

Infrastrukturquote

Diese Kennzahl stellt ein Verhältnis zwischen dem Infrastrukturvermögen und dem Gesamtvermögen auf der Aktivseite der Bilanz her. Sie gibt Aufschluss darüber, ob die Höhe des Infrastrukturvermögens den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Gemeinde entspricht. In Einzelfällen kann es sachgerecht sein, auch die Gebietsgröße der Gemeinde oder andere örtliche Besonderheiten bei der Bewertung dieser Kennzahl zu berücksichtigen.

	2007	2008	2009
Infrastrukturquote (IsQ) $\frac{\text{Infrastrukturvermögen}}{\text{Bilanzsumme}} \times 100$	41,0	42,2	41,9

Drittfinanzierungsquote

Die Kennzahl zeigt das Verhältnis zwischen den bilanziellen Abschreibungen und den Erträgen aus Auflösung von Sonderposten im Haushaltsjahr. Sie gibt einen Hinweis auf die Frage, inwieweit die Erträge aus der Sonderpostenauflösung die Belastung durch Abschreibungen abmildern. damit wird die Beeinflussung des Werteverzehrs durch Drittfinanzierung deutlich.

	2007	2008	2009
Drittfinanzierungsquote (DfQ) $\frac{\text{Erträge aus der Auflösung von Sonderposten} \times 100}{\text{Bilanzielle Abschreibungen auf Anlagevermögen}}$	21,3	25,4	47,0

Investitionsquote

Die Investitionsquote gibt Auskunft darüber, in welchem Umfang dem Substanzverlust durch Abschreibungen und Vermögensabgängen neue Investitionen gegenüberstehen.

	2007	2008	2009
Investitionsquote (InQ) $\frac{\text{Bruttoinvestitionen} \times 100}{\text{Abgänge des AV} + \text{Abschreibungen AV}}$	116,4	53,1	62,0

4.4 Kennzahlen zur haushaltswirtschaftlichen Gesamtsituation

Aufwandsdeckungsgrad

Diese Kennzahl zeigt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können. Ein finanzielles Gleichgewicht kann nur durch eine vollständige Deckung erreicht werden.

	2007	2008	2009
Aufwandsdeckungsgrad (ADG) $\frac{\text{Ordentliche Erträge} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$	103,4	104,8	95,8

Eigenkapitalquote 1

Die Kennzahl "Eigenkapitalquote 1" misst den Anteil des Eigenkapitals am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der kommunalen Bilanz. Die Kennzahl kann bei einer Gemeinde ein wichtiger Bonitätsindikator sein.

	2007	2008	2009
Eigenkapitalquote 1 (EkQ1) $\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	43,5	44,1	40,2

Eigenkapitalquote 2

Die Kennzahl "Eigenkapitalquote 2" misst den Anteil des "wirtschaftlichen Eigenkapitals" am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der kommunalen Bilanz. Weil bei den Gemeinden die Sonderposten mit Eigenkapitalcharakter oft ein wesentlicher Ansatz in der Bilanz darstellen, wird die Wertgröße "Eigenkapital" um diese "langfristigen" Sonderposten erweitert.

	2007	2008	2009
Eigenkapitalquote 2 (EkQ2) $\frac{\text{Eigenkapital} + \text{Sopo Zuwendungen/Beiträge} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	62,3	64,4	63,4

Fehlbetragsquote

Diese Kennzahl gibt Auskunft über den durch einen Fehlbetrag in Anspruch genommenen Eigenkapitalanteil. Da mögliche Sonderrücklagen hier jedoch unberücksichtigt bleiben müssen, bezieht die Kennzahl ausschließlich die Ausgleichsrücklage und die allgemeine Rücklage ein. Zur Ermittlung der Quote wird das negative Jahresergebnis ins Verhältnis zu diesen beiden Bilanzposten gesetzt.

	2007	2008	2009
Fehlbetragsquote (FbQ) $\frac{\text{Negatives Jahresergebnis} \times (-100)}{\text{Ausgleichsrücklage} + \text{Allg. Rücklage}}$	2,3	0,9	4,5

B. Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Stadt Bornheim

1. Grundlegendes

Die Implementierung eines Risikomanagementsystems wird nach erfolgreicher Einführung und Stabilisierung des NKF-Reformprozesses ein wesentlicher Optimierungsbau-stein sein.

Ziel ist die Realisierung eines konsistenten und transparenten Prozesses, der sowohl strukturelle interne wie externe Risiken umfänglich aufdeckt, bewertet und steuerbar macht als auch flexibel auf aktuelle Risikotatbestände reagieren kann.

2. Wesentliche Risiken der künftigen Haushaltsentwicklung

Schuldenmanagement

Als Risiko stellt sich in erster Linie die andauernde defizitäre Haushaltssituation dar.

Die Entschuldung der Stadt im Hinblick auf langfristige Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen konnte auch in 2009 fortgeführt werden. Diese Bilanzposition reduzierte sich um 3,36 Mio. € auf 80,3 Mio. €. Die bestehenden Darlehensverträge enthalten langfristige, teilweise auf die gesamte Laufzeit festgeschriebene Zinsvereinbarungen, so dass kein Zinsrisiko besteht.

Neue Darlehen wurden nicht aufgenommen.

Allerdings wurden zum Bilanzstichtag kurzfristige Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung mit insgesamt 23,2 Mio. € ausgewiesen, dies bedeutet eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um rd. 4,2 Mio. €.

Die unterjährig notwendigen Aufnahmen von Liquiditätskrediten waren stets bedarfsge-recht und orientierten sich am jeweils aktuellen Zinsmarkt. Das gegenüber dem Vorjahr günstigere Zinsniveau für kurzfristige Kredite (insbesondere Tagesgelder) wirkte sich po-sitiv auf den städtischen Haushalt aus.

Der steigende Bestand an Liquiditätskrediten birgt jedoch ein erhebliches Zinsrisiko.

Kindergartenbedarfsplanung

Die für den Zeitrahmen 2009 bis 2011 aufgestellte Kindergartenbedarfsplanung sieht die Schwerpunkte der städtischen Aktivitäten in

- Sicherstellung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz einschließlich der Situation behinderter Kinder
- Ausbau Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren
- Betreuungsangebote für schulpflichtige Kinder
- Weiterentwicklung von Kindergärten zu Familienzentren

Während für die Betreuung von Kindern ab dem 3. Lebensjahr in den Folgejahren ein Platzüberhang ausgewiesen wird, ist das Angebot für unter 3-jährige Kinder bis zum Er-

reichen einer 35%igen Bedarfsdeckung massiv auszubauen. Der Plan sieht einen Ausbau von 270 Plätzen in 2009/2010 bis zu 446 Plätzen in 2013/2014 vor. Dies entspräche einem Investitionsvolumen von 1,725 Mio. €, wobei zunächst von einem Eigenanteil von 10 % ausgegangen wird.

Schulen

Die prognostizierte Entwicklung der Schülerzahlen an den Grundschulen im Schulträgerbereich Bornheim geht für nahezu alle Grundschulen von sinkenden Schülerzahlen aus. Aufgrund dieser Tendenz sind bauliche Erweiterungen für den allgemeinen Unterricht in den acht Grundschulen nicht zu erwarten.

Das zur Sicherung der Gem.-Hauptschule am Schulstandort Merten erarbeitete Konzept "Erweiterte Hauptschule mit mittlerem Bildungsabschluss" führte zur Genehmigung der Einführung des gebundenen Ganztagsbetrieb zum Schuljahr 2009/2010.

Im Rahmen des Programms "Zukunft durch Innovation" (Zdl) beabsichtigt das Land NRW insgesamt 25 Zdl-Zentren für regionale und überregionale Projekte zur Förderung des MINT - Nachwuchses (**M**athematik-**I**nformatik-**N**aturwissenschaft-**T**echnik) zu verzahnen und weiter aus zu bauen. An der Gem.-Grundschule Hersel soll in Kooperation mit einer Grundschule in Rheinbach ein entsprechender Unterrichtsschwerpunkt der Naturwissenschaften (Physik und Chemie) und Technik umgesetzt werden.

Für die Verbundschule Uedorf wird die Errichtung eines Kompetenzzentrums für die sonderpädagogische Förderung im Rahmen des im Land NRW laufenden Pilotprojektes angestrebt.

3. Wesentliche Chancen der künftigen Haushaltsentwicklung

Konzessionierungsverfahren

In folge des Auslaufens der bestehenden Konzessionsverträge in den Bereichen Strom-, Gas- und Wasserversorgung werden unter Einbeziehung der Abwasserentsorgung und Straßenbeleuchtung alternative Organisationsformen geprüft.

Stadtentwicklung - Neuaufstellung Flächennutzungsplan

Neben dem Flächennutzungsplan befindet sich auch das Einzelhandelsstandort- und Zentrenkonzept im Abstimmungsverfahren. Letzteres grenzt die zentralen Versorgungsbereiche im Stadtgebiet Bornheim räumlich ab und legt ihre Funktionalität fest. Das Konzept fließt in den neuen Flächennutzungsplan ein, der die Darstellung der Hauptversorgungsbereiche für Bornheim und Roisdorf sowie von Nahversorgungszentren in Hersel und Merten übernimmt; darüber hinaus werden Nahversorgungsstandorte in den weiteren Ortschaften gesichert.

Die kommunale städtebauliche Zielsetzung für die Entwicklung eines gewerblichen Schwerpunktes westlich der A 555 und der Schaffung eines regionalen Grünzuges in

Verbindung mit Rekultivierungsflächen der ehemaligen Kiesabbauflächen östlich der A 555 konnte in den Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Region Bonn/Rhein-Sieg eingebracht und somit gesichert werden. Damit sind bedeutende Entwicklungspotentiale für die Stadt planerisch gesichert.

Konjunkturprogramm II

Mit dem am 06.03.2009 in Kraft getretenen Zukunftsinvestitionsgesetz stellte der Bund 10 Milliarden Euro als Finanzhilfe für zusätzliche Investitionen der Länder und Kommunen bereit. Der Stadt Bornheim wurden mit Bescheid vom 08.04.2009 gemäß § 10 Investitionsfördergesetz NRW aus diesem Programm 4,96 Mio. € bereitgestellt. Hiervon entfallen auf den Investitionsschwerpunkt Bildungsinfrastruktur 3,08 Mio. € und auf die Infrastruktur 1,88 Mio. €. Ein Teilbetrag ist für die Förderung von Maßnahmen anderer Träger vorgesehen. Daneben wird die Stadt mit diesen Geldern im Bewilligungszeitraum bis 31.12.2011 insbesondere die energetische Sanierung von Schul- und Kindergartengebäuden, aber auch des Rathauses, einen Kindergartenneubau betreiben und den Erwerb einer Drehleiter für die Feuerwehr finanzieren.

Die Konditionen für die Finanzierung des städtischen Eigenanteils von 12,5 % ab 2012 über Investitionspauschalen sind noch abzuwarten.

Kinder- und Jugendförderplan

Der zweite Kinder- und Jugendförderplan zeigt Bedarfe für Kinder, Jugendliche und Familien in der Stadt auf. Der Plan umfasst den Planungszeitraum 2010 - 2014 und ist für diesen Zeitraum sowohl finanziell und auch im konkreten Bedarfsfall richtungsweisend. Die Planungen umfassen ein Volumen von 780 T€ bis 850 T€. Eine wesentliche Änderungen zum ersten Kinder- und Jugendförderplan ist der bereits in 2009 ungesetzte Einsatz eines Jugendbusses.

Modellprojekt Pflegekinderwesen

Das Jugendamt beteiligt sich an dem Projekt "Professionalisierung im Pflegekinderwesen - Modellprojekt zur Steigerung der Wirksamkeit der Pflegekinderdienste", das vom Landesjugendamt in Zusammenarbeit mit der Universität Siegen durchgeführt wird und auf zwei Jahre angelegt ist. Ziel des Projektes ist die Erarbeitung von fachlichen Standards sowie von konkreten Umsetzungsvorschlägen für die professionelle Arbeit der Pflegekinderdienste.

Nutzungsvertrag mit dem Landschaftsverband Rheinland zur Errichtung einer Förderschule

Der Landschaftsverband Rheinland hat aufgrund der seit Jahren steigenden Schülerzahlen den Neubau einer Förderschule in Bornheim beschlossen. Entsprechende Flächen wurden seitens der Stadt zur Verfügung gestellt.

Integrationsrat

Die Stadt Bornheim engagiert sich in unterschiedlichen Projekten für die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Mit dem Ziel, ein kommunales Integrationskonzept zu schaffen, beteiligt sie sich unter "KOMM IN - Integration in Bornheim" an dem landesweiten Projekt zur Förderung der Integrationsprozesse. Auf der Basis des Gesetzes zur Förderung der politischen Partizipation in den Gemeinden hat der Rat die Bildung eines Integrationsrates beschlossen

Beteiligungen

Die Beteiligungsverhältnisse blieben gegenüber dem Vorjahr konstant.

Der Wert der Beteiligung am Stadtbetrieb Bornheim AÖR (SBB) veränderte sich gegenüber dem Vorjahr: durch eine Korrektur der Eröffnungsbilanz gemäß § 92 Abs. 7 GO und § 57 GemHVO wurde der Wertansatz um rund 1,7 Mio. € erhöht, mit einer entsprechend positiven Wirkung auf das Eigenkapital der Stadt Bornheim.

C. Angaben nach § 95 Abs. 2 GO NRW

1. Angaben zu den Mitgliedern des Verwaltungsvorstandes

1.1 Bürgermeister Herr Wolfgang Henseler

1.1.1 ausgeübter Beruf

Bürgermeister der Stadt Bornheim

1.1.2 Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes

- Kommunalbeirat des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes (RWE)

1.1.3 Mitgliedschaften in Organen von verselbständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form

- Erster Betriebsleiter des Wasserwerks der Stadt Bornheim
- Erster Betriebsleiter des Abwasserwerks der Stadt Bornheim
- Verbandsversammlung des Zweckverband "Gemeinsame Kommunale Datenverarbeitung Rhein-Sieg/Oberberg"
- Vorstandsvorsteher des Wasserverbandes Südliches Vorgebirge

1.1.4 Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen

- Aufsichtsrat der Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH Bornheim
- Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH Bornheim
- Aufsichtsrat der Regionalgas Euskirchen GmbH & Co KG
- Aufsichtsrat der Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH i. L.
- Delegiertenversammlung des Erftverbandes
- Mitgliederversammlung des Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebundes (NWStG)
- Mitgliederversammlung der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt)
- Regionalbeirat Bornheim der Kreissparkasse Köln
- Forstbetriebsgemeinschaft Bornheim
- Mitgl. Regionalbeirat GVV Kommunalversicherungen

1.2 Erster Beigeordneter und Kämmerer Herr Hermann Bursch

1.2.1 ausgeübter Beruf

Erster Beigeordneter und Kämmerer der Stadt Bornheim

1.2.2 Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes

keine

1.2.3 Mitgliedschaften in Organen von verselbständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form

- Kaufmännischer Betriebsleiter des Wasserwerks der Stadt Bornheim
- Kaufmännischer Betriebsleiter des Abwasserwerks der Stadt Bornheim

1.2.4 Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen

- Beirat des Wahnbachtalsperrenverband
- Beirat des Wasserbeschaffungsverbandes Wesseling Hersel
- Stellv. Mitglied in der Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH Bornheim
- Stellv. Mitglied in der Gesellschafterversammlung der Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH i. L.
- Stellv. Mitglied in der Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH Bornheim
- Stellv. Mitglied in der Gesellschafterversammlung der Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH i. L. bis Ende Wahlperiode 20.10.2009

1.3 **Beigeordneter Herr Manfred Schier**

1.3.1 ausgeübter Beruf

Beigeordneter der Stadt Bornheim

1.3.2 Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes

- keine

1.3.3 Mitgliedschaften in Organen von verselbständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form

- Technischer Betriebsleiter des Wasserwerks der Stadt Bornheim
- Technischer Betriebsleiter des Abwasserwerks der Stadt Bornheim

1.3.4 Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen

- Geschäftsführer der Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH Bornheim
- Gesellschafterversammlung der Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH i.L.
- Hauptversammlung des Verbandes kommunaler Unternehmer (VKU)

1.4 **Beigeordneter Herr Markus Schnapka**

1.4.1 ausgeübter Beruf

Beigeordneter der Stadt Bornheim

1.4.2 Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes

keine

1.4.3 Mitgliedschaften in Organen von verselbständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form

keine

1.4.4 Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen

- Vertreter Mitgliederversammlung im Deutschen Verein für private Fürsorge (DV)
- Stv. Mitglied im Ausschuss für Jugend, Soziales und Gesundheit DStGB
- Mitglied im Ausschuss für Jugend, Soziales und Gesundheit NWStGb
- Mitglied Fachausschuss Jugend, Soziales AWO Bundesverband
- stv. stimmberechtigtes Mitglied der Schulkonferenzen

1.5 Fachbereichsleiter Herr Gerhard-Josef Brühl

1.5.1 ausgeübter Beruf

Stadtverwaltungsdirektor

1.5.2 Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes

keine

1.5.3 Mitgliedschaften in Organen von verselbständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form

- stv. Mitgl. Gesellschaftervers. WFG

1.5.4 Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen

- Gesellschafterversammlung der Radio Bonn / Rhein-Sieg GmbH & Co. KG
- stv. Mitglied Verbandsversammlung civitec

1.6 Beratendes Mitglied des Verwaltungsvorstandes: Gleichstellungsbeauftragte Frau Heike Blank

1.6.1 ausgeübter Beruf

Stadtamtsrätin

1.6.2 Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes

keine

1.6.3 Mitgliedschaften in Organen von verselbständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form

keine

2. Angaben zu den Ratsmitgliedern

Auf Grund der Kommunalwahl im August 2009 fand ein Wechsel in der Zusammensetzung des Rates statt. In der nachfolgenden Tabelle sind die Zeiträume der Ratsmitgliedschaften in der rechten Spalte vermerkt.

Name	ausgeübter Beruf	Mitgliedschaft in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien	Mitgliedschaft in Organen von selbstständigen Aufgabenbereichen der Gemeinden in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form	Ratsmitgliedschaft
Bandel Helga	Rentnerin			durchgängig
Böing Claus	Kriminalbeamter			ab August 2009
Braun-Schoder Horst	Rentner			ab August 2009
Breuer Paul	Dipl. Ingenieur			bis August 2009
Brief Hans	Rentner			ab August 2009
Deussen-Dopstadt Gabi	freiberufliche Tätigkeit als Dozentin	- Aufsichtsrat Wirtschaftsförderungsgesellschaft Stadt Bornheim - Linksrheinische Verkehrsgesellschaft mbH stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung - Lokalfunk Bonn/Rhein-Sieg e. V., Vertreterversammlung	Beirat Stiftung "Für uns Pänz" KSK Köln	durchgängig
Donix Michael	Angestellter öffentl. Dienst			bis August 2009
Dopstadt Julian	Student			bis August 2009
Faßbender Franz Josef	Rentner			ab August 2009
Feldenkirchen Else	Hausfrau			bis August 2009
Feldenkirchen Hans Gerd	Rentner			durchgängig
Franke Katja	Stadtinspektoranw ärterin			ab August 2009
Freynick Joern	Mediengestalter			bis August 2009
Gruneberg Julia	Landesinspektoranw ärterin			bis August 2009
Hanft Wilfried	Verwaltungsfachangestellter			durchgängig
Hartmann Jürgen	Lehrer, Oberstudienrat			ab August 2009
Hartmann Sebastian	Organisationsberater	Verwaltungsrat der KSK Köln stv. Mitglied Aufsichtsrat RSAG Verwaltungsrat der Bonn/Rhein-Sieg Beteiligungsgesellschaft mbH		bis August 2009
Heller Petra	Sekretärin		Stiftungsrat Bürgerstiftung Bornheim Vorsitzende CDU Frauenunion Bornheim	bis August 2009
Hönig Heinrich	selbständiger Gewerbetreibender Geschäftsführer			durchgängig
Jaritz Karin	Hausfrau			durchgängig
Juchem Hans	selbständiger Landwirt			ab August 2009

Stadt Bornheim

Entwurf des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2009

Lagebericht

Blatt 39

Name	ausgeübter Beruf	Mitgliedschaft in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien	Mitgliedschaft in Organen von selbstständigen Aufgabenbereichen der Gemeinden in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form	Ratsmitgliedschaft
Keils Ewald	Finanzbeamter, Steueramtsinspektor			durchgängig
Kleinekathöfer Ute	Hausfrau			durchgängig
Knott Thorsten	selbst. Gew erbetreibender, Versicherungsagentur			durchgängig
Koch Christian	freie Mitarbeit als Redakteur			durchgängig
Kretschmer, Gabriele	Buchhalterin		Verwaltungsrat St. Josef Seniorenheim Roisdorf	bis August 2009
Krüger Frank W.	Leiter des Jugendamtes der Stadt Wesseling			durchgängig
Krüger Ute	Verbraucherzentrale NRW Angestellte			durchgängig
Kuhl Andreas	kaufmännischer Angestellter			ab August 2009
Kuhl Sebastian	Student Wirtschaftsingenieurwesen			durchgängig
Kuhn Arnd Jürgen Dr.	Wissenschaftler			durchgängig
Kuhnert Uwe	Personalsachbearbeiter/ Ausbilder			durchgängig
Marx Bernd	Diplom Finanzwirt			bis August 2009
Meißner Christel	Ruhestand			ab August 2009
Montenarh Stefan	selbst. Gew erbetreibender Elektromeister			durchgängig
Müller Dieter	Ruhestand	Aufsichtsrat RSAG		ab August 2009
Müller Heinz	Bereichsleiter Gebäudetechnik			durchgängig
Niedecker Hans- Josef	Sachverständiger Dachdeckerhandwerk Dachdeckermeister			ab August 2009
Nipps Ursula	Kauffrau			bis August 2009
Odenthal Kurt	selbst. Gew erbetreibender Malermeister			durchgängig
Pacyna Michael Dr.	Realschulschullehrer, Lehrbeauftragter an der Universität Köln			durchgängig
Paschmanns Dieter	Beamter			bis August 2009
Paulsen Michael	Hauptmann a.D.			bis August 2009
Quadt- Herte Manfred	Lehrer			ab August 2009
Rech Franz Wilhelm	Selbstständiger	Volksbank Bonn Rhein-Sieg		durchgängig
Rörig Peter	selbst. Gew erbetreibender Schreibbüro			ab August 2009
Röttgen Andreas	selbst. Gew erbetreibender Malerbetrieb, Malermeister			ab August 2009
Rüth Willi	Rentner		Beirat KSK Köln-Siegburg	ab August 2009
Schausten Manfred	administratives Management, Verkehrsstation, Beamter			ab August 2009
Schausten Manfred	administratives Management, Verkehrsstation, Beamter			bis August 2009
Schmitz Heinz- Joachim	Industrie Kaufmann			durchgängig
Siebert Hans-Martin	Pensionär			bis August 2009

Stadt Bornheim

Entwurf des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2009

Lagebericht

Blatt 40

Name	ausgeübter Beruf	Mitgliedschaft in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien	Mitgliedschaft in Organen von selbstständigen Aufgabenbereichen der Gemeinden in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form	Ratsmitgliedschaft
Söllheim Michael	Sparkassenbetriebswirt	Aufsichtsrat der Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Stadt Bornheim		bis August 2009
Stadler Harald	Betriebsratvorsitzender			durchgängig
Strauff Bernhard	Steuerbeamter, Koordinator, Steueramtsinspektor			ab August 2009
Stüsser Peter	Schriftsetzer			durchgängig
van den Berg Peter	Rentner			durchgängig
Velten Konrad	Rentner			bis August 2009
Wingenbach Matthias	Angestellter in der Systemtechnik			durchgängig
Wirtz Hans Dieter	Beamter, Sachgebietsleiter im Amt für Kinder, Jugend und Familie			durchgängig
Wirtz Otto	Verwaltungsfachangestellter			ab August 2009
Züge Rainer	Ausbilder			bis August 2009

Mitgliedschaften in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen bestanden nicht.